

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>
Berlin, den 20.02.2025

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Mobilität und öffentlichen Ordnung ein.

am Donnerstag, 27.02.2025

um 19:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollkontrolle (Protokoll vom 21.11.2024 und 13.02.2025)
- 2 Bericht aus dem Bezirksamt
- 3 Überwiesene Drucksachen
 - 3.1 Alte Schäferei verträglich entwickeln und echte Verkehrslösung ermöglichen
Drucksache: IX-1055 (mitberatend)
 - 3.2 Sichere Überquerung der Hauptstraße für die Schulkinder der Platanengrundschule in Blankenfelde ermöglichen - Drucksache: IX-1077
 - 3.3 Planungen zum Wischbergeweg anpassen - Drucksache: IX-1078
 - 3.4 Kostendeckende Gebühren in der Parkraumbewirtschaftung - Drucksache: IX-1098 (mitberatend)
 - 3.5 Entwicklung der Neuen Stadtquartiere in Pankow nicht durch Haushaltseinsparungen gefährden!
Drucksache: IX-1100
 - 3.6 Straßenbahn M1 beschleunigen - Drucksache: IX-1104
 - 3.7 Mehr Sicherheit für unsere Kinder - Bahnhofstraße in Karow entschleunigen - Drucksache: IX-1108
 - 3.8 Überdachung der Bushaltestelle Binzstraße/Prenzlauer Promenade - Drucksache: IX-1111
- 4 Sonstiges - Gemeinsame Sitzung mit Ausschuss StadtBauGe am 10.04.2025

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Szidat
Ausschussvorsitz



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1055**Antrag**

BV Denise Bittner und BV Daniel Hauer
(Fraktion der CDU) für Bürger_innen

Ursprung:

Antrag, BV Denise Bittner und BV Daniel Hauer (Fraktion der CDU)
für Bürger_innen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

13.11.2024 BVV
27.11.2024 BVV

BVV/026/IX
BVV/Forts026/IX

vertagt

Betreff: Alte Schäferei vertraglich entwickeln und echte Verkehrslösung ermöglichen

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung spricht sich für eine vertragliche, aus der Ortsüblichkeit entwickelte Bebauung der Flächen der sog. Alten Schäferei in Französisch Buchholz mit einer leistungsfähigen Verkehrsanbindung aus.

Insbesondere kritisiert sie den aktuellen Entwurf der Planungen durch das Bezirksamt in folgenden Punkten:

- Keine Berücksichtigung der weiteren im Ortsteil Französisch Buchholz geplanten Neubauvorhaben
- Fehlende Orientierung an der gewachsenen städtebaulichen Struktur und Erhebliche Überschreitung des Maßes der baulichen Nutzung
- Gebäudehöhen bis zu 40m als Hochpunkte, die in der nahen und weiteren Umgebung keinerlei Entsprechung haben und somit zu Solitärbauten in einem naturnahen Raum würden
- Bis zu fünfgeschossige Bebauung entlang der Hans-Schumacher-Straße direkt gegenüber von Einfamilienhäusern mit einer 1,5-fachen Geschossigkeit, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Wohnqualität führen würden
- Errichtung eines Großspielfeldes in direkter Nachbarschaft zu bestehender Bebauung mit Einfamilienhäusern an der Hans-Schumacher-Straße, das zu absehbaren Nutzungskonflikten führen wird

Hinsichtlich des Verkehrskonzeptes bestehen erhebliche Bedenken insbesondere in folgender Hinsicht:

- keine Berücksichtigung der bereits heute bestehenden mangelnden Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur
- Keine Berücksichtigung der Platz- und Raumverhältnisse im Bereich der Hauptstraße bei der geplanten Verlängerung der Straßenbahn in Richtung Schönerlinder Straße
- Keine zeitliche Kongruenz zwischen dem Bauvorhaben und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der S-Bahnhöfe Schönerlinder Straße und Bucher Straße
- Zeitliche Überschneidung der Straßenbauvorhaben an der Bucher Straße, Schönerlinder Straße und Triftstraße mit dem Wohnungsbauvorhaben

Das Bezirksamt wird zudem ersucht, dem Beschluss der BVV auf Drucksache VIII-1561 vom 1. September 2021 „Rahmenplanung für Französisch Buchholz“ nachzukommen und die hierin gewonnenen Erkenntnisse in weiteren Planungen im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan 3-99 einfließen zu lassen. Bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Rahmenplanung Französisch Buchholz ist das Bebauungsplanverfahren anzuhalten.

Berlin, den 15.11.2024

Einreicher: BV Denise Bittner und BV Daniel Hauer (Fraktion der CDU) für Bürger_innen, 720 Unterschriften, siehe Anlage

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	beschlossen
<input type="checkbox"/>	beschlossen mit Änderung
<input type="checkbox"/>	abgelehnt
<input type="checkbox"/>	zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input type="checkbox"/>	einstimmig
<input checked="" type="checkbox"/>	mehrheitlich
33	Ja-Stimmen
1	Gegenstimmen
6	Enthaltungen

<input checked="" type="checkbox"/>	überwiesen in den Ausschuss für mitberatend in den Ausschuss für sowie in den Ausschuss für
-------------------------------------	---

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Der neue Bebauungsplan, der im Ausschuss für Stadtentwicklung der BVV Pankow vorgestellt wurde, widerspricht klar der Beschlusslage der Pankower Bezirkspolitik. So wurde explizit eine auf Ortsüblichkeit ausgerichtete Bebauung sowie die Lösung der bestehenden verkehrlichen Probleme zur Voraussetzung für den Bau neuer Quartiere gemacht. Die neuen Pläne besagen allerdings, dass an der östlichen Seite des Areals entlang der Schönerlinder Straße Gebäude von bis zu 40m Höhe, das heißt mit bis zu dreizehn Geschossen, gebaut werden sollen. Das würde Bauhöhen wie im Märkischen Viertel oder im Ernst-Thälmann-Park entsprechen. Und auch im Südwesten ist die Errichtung von sechsgeschossigen Gebäuden und ein Schulstandort in unmittelbarer Nähe zu Einfamilienhäusern an der Hans-Schumacher-Straße geplant, die den Bestand deutlich überragen würden. Dies widerspricht klar einer ortsüblichen Bebauung.

Gleichzeitig geht aus den Plänen hervor, dass mit einer Fertigstellung der geplanten S-Bahnhöfe an der Schönerlinder Straße und der Bucher Straße nicht vor 2035 gerechnet werden kann. Auch das widerspricht der Beschlusslage der BVV. Denn weitere Quartiere im Pankower Norden ohne leistungsfähigen Anschluss an die öffentlichen Verkehrsträger würden zur endgültigen Überlastung der Infrastruktur in unserer Region führen.

Außerdem soll die Straßenbahn 50 künftig über die Hauptstraße und Schönerlinder Straße verlängert werden. Das würde den schon heute bestehenden Dauerstau noch weiter verschärfen. Und auch die geplanten „Quartiersbuslinien“, die zwischen den künftigen S-Bahnhöfen hin- und herpendeln sollen, wären zur Erschließung des „autoarm“ geplanten neuen Stadtviertels vollkommen ineffizient. Deutlich tragfähiger wäre hier eine Buslinienverbindung zwischen Buch, Karow und Buchholz und die U-Bahn 2. Mit weiteren WE, die im Norden entstehen und bereits entstanden sind, ist der Verkehrskollaps bereits jetzt schon eingetreten. Dieser lässt sich nur durch eine attraktive ÖPNV-Anbindung lösen. Wozu alleine eine Durchbindung der Tram von Nordend nach Französisch Buchholz nicht ausreicht.

Der neue Bebauungsplan steht in klarem Widerspruch zu den Forderungen vieler engagierter Buchholzer Bürger.

720 Einreicher IX-1055:

Herr Ulli Abraham, Frau Simone Adam, Herr Milan Al-Obaidi, Frau Beila Al-Obaidi, Herr Altmann, Frau Monique Ballmann, Herr HeinzUlrich Bandt, Frau Silke Bansemer, Frau Sandra Bartelt, Frau Nicole Baumert, Frau Eva Bazior, Frau Melanie Beck, Herr Carsten Beck, Frau Sylvia Beier, Herr Hans-Jörg Beil, Herr Jürgen Bellmann, Herr Mirco Bergmann, Frau Patricia Bernert, Frau Kathleen Beyer, Herr Tim Beyer, Frau Beate Beyermann, Frau Ilka Bieler, Herr Bernd Bieler, Frau Sabine Bien, Frau Bettina Bierbrauer, Herr Volker Bierbrauer, Frau Marion Bindrich, Herr Martin Bindrich, Herr Christian Birkholz, Frau Dolly Birkholz, Herr Sydney Birkholz, Frau Kerstin Bitschi, Herr Loren Blekic, Frau Anja Block, Frau Barbara Böhm, Frau Annette Böhme, Herr Dominik Böhme, Herr Jens Bork, Frau Stephanie Bork, Frau Katharina Born, Herr JanErik Born, Herr Marco Borowsky, Herr Robert Böttcher, Frau Bianca Böttcher, Frau Botthin, Frau Breiter, Frau Petra Brelorsky, Herr Torsten Brenke, Herr Eric Brenke, Frau Annett Brenke, Frau Yvonne Brinker, Herr Markus Brinker, Frau Emely Brinker, Frau Celine Brinker, Herr Sascha Broschei, Frau Doreen Broschei, Frau Raika Brosowski, Frau Michaela Bruch, Frau Maren Brunhöber, Frau Gisela Bublik, Frau Elke Büchner, Frau Ines Bujack, Herr Florian Burkhardt, Frau Henriette CacerdaDuch, Herr Jörg Chartron, Frau Scarlett Clauss, Frau Birgit Clement, Frau Cornelius, Frau Doris Dahms, Frau Monika Daniel, Herr Peter Daniel, Herr Burkhard Daniel, Frau Nadine Daniel, Frau Silvia Danowski, Frau Ute David, Frau Gabriele Debek, Herr Andre Degenhardt, Frau Katja deGraaf, Frau Eileen Deutschmann, Frau Cornelia Dexheimer, Herr Rene Dexheimer, Herr Thomas Dillon, Herr Dittmer, Frau Vesna Djulia, Herr Ulrich Draht, Herr Marko Drechsel, Herr Drews, Herr Rainer Dupke, Frau Annette Ebel-Panzk, Herr Sven Eberlein, Herr Andy Ehrlich, Herr Gerd Eichler, Frau Madeleine Eichler, Herr Olaf Eichler, Herr David Elsholz, Herr Karsten Elsholz, Frau Cynthia Elsholz, Frau Rosemarie Etzold, Frau Marie Eveslage, Frau Kerstin Eveslage, Frau Susanne Fabian, Frau Manuela Falk, Frau Christine Feller, Frau Fernandez Fernandez, Frau Fiedel, Frau Elfriede Fiedler, Frau Simone Fischer, Herr Fischer, Herr Torsten Fischer, Frau Sybille Fischer, Frau Christine Fischer, Frau Franziska Fischer, Frau Dörte Fleischer, Herr Robert Flemming, Herr Jan Flemming, Frau Förster, Frau Clara Franz, Frau Petra Freblhorn, Herr Christian Frenzel, Herr Fricke, Herr Andree Frölich, Frau Sandra Fuhrmann, Frau Bärbel Fuhrmann, Frau Christiane Fülle, Herr Timo Gaede, Frau Margot Gatzke, Herr Marco Genzel, Herr Eric Genzel, Frau Lara Genzel, Frau Helga Gerlach, Herr Holm Gerlach, Frau Monika Gesche, Herr Hans-J. Gleiss, Herr Alfred Göbel, Frau Silvia Göhler, Herr Klaus-Peter Göhler, Frau Manuela Golze, Frau Michaela Görschel, Herr Dieter Gottschalk, Frau Anke Gottschau, Herr Roland Götz, Frau Katja Grahl, Herr Randy Grahl, Frau Christina Grahl, Frau Emily Grahl, Frau Lena Grahl, Frau Anja Gransch, Frau Andrea Greulich, Familie Griesbach, Frau Annett Grosenick, Herr Dario Große, Frau Marianne Großmann, Herr Günter Großmann, Herr Herwart Grow, Frau Regina Grzenkowski, Frau Peggy Gwinner, Frau Birgit Habermann, Frau Heloisa Hammer, Frau Lydia Hanf, Herr Wilhelm Hans, Frau Heidemarie Hans, Herr Dieter Hardegen, Frau Grit Harms, Frau Ariane Harner, Herr Gert Harnisch, Frau Renate Harnisch, Frau Renate Harnisch, Herr Magnus Hasse, Herr Uwe Heinko, Frau Petra Heinrich, Frau Susanne Heisler-Kuczka, Herr Frank Helbig, Herr Hartmut Hempel, Frau Lara Hennig, Frau Constanze Hennig, Herr R. Hennig, Frau Chr. Henschel, Herr Frank Henschel,

Frau Cornelia Hensel, Frau Tina Herzberg, Frau Hesse, Herr Jörg Hetzer, Frau Lea Hilgendorf, Frau Kristina Hlushchenko, Herr Thomas Hohlfeld, Herr Hellmund Holger, Herr A. Hömke, Herr Andre Hoppe, Frau Brigitte Hormke, Frau Heidi Horst, Frau Heidi Horst, Herr Hermann Horst, Frau DorisHorvath Horvath, Frau Hube, Frau Sarah Hügel, Frau Susanne Hügel, Frau Silvia Hügel, Herr Mark Hügel, Frau Romina Hügel-deGraaf, Herr Volker Hummel, Frau Juliane Jacobi, Herr Andreas Jahnke, Frau Jannasch, Frau Kathrin Jannasch, Herr Andreas John, Frau Heike John, Frau Maria Jungmann, Frau S. Jungmann, Herr Jörg Jungmann, Herr Patrick Just, Herr Just, Frau Liane Kabella, Herr Udo Kahnt, Frau Yvonne Kalden, Herr Marcus Kämpfe, Frau Xenia Kannegießer, Frau Nicole Karbe, Herr Matthias Karras, Frau Sabine Kemnitz, Frau Charlotte Kemnitz, Herr Peter Kempfa, Frau Helga Kempfa, Frau Evelyn Kenzler, Frau Kernke, Frau Ilona Kernke, Herr Reinhard Kernke, Frau Manja Kernke, Herr Matthias Kernke, Frau Alexandra Kirchhoff, Frau Sabine Kirscht, Frau Nadine Klatt, Frau Romy Klemm, Herr Jürgen Klemm, Herr Thorsten Klick-Kenzler, Frau Jana Klingner, Frau Klöhn, Frau Antonia Klose, Frau Melanie Klotz, Herr ChristopherKnappe Knappe, Herr Danilo Kneise, Frau Heidrun Kneise, Frau Hannelore Knoblauch, Herr Bernhard Knoblauch, Frau Antje Koch, Frau Antje Kögler, Herr Jan Kögler, Herr Rolf Köhler, Herr Rene Kohnke, Frau Nancy Kollasch, Frau Nikoleta Komitova, Herr Rüdiger König, Frau Ilona König, Frau Johanna Konkel-Bakis, Frau Waltraut Kopisch, Frau Ute Koristka, Herr Volodymyr Korobov, Frau Elisabeth Koschnitzki, Herr Ulrich Koschnitzki, Frau Arlett Kösterke, Frau Sabine Kozlik, Frau Jacky Kraft, Herr Johannes Kraft, Herr Sören Krajzi, Frau Manuela Kramm, Herr Rüdiger Kramm, Herr Phillip Kramp, Frau Angela Krauß, Herr Matthias Krautien, Herr Dirk Krohs, Frau Krüger, Frau Angelika Krüger, Herr Jan Kuhlmann, Herr Markus Kuhn, Herr Denny Kuhn, Frau Doreen Kühn, Frau Ingrid Kühn, Frau Christina Kühn, Herr Roman Kühn, Frau Christine Kühn, Herr Thomas Kühn, Frau Jana Kühn-Hijazi, Frau Ines Kulitza-Krüger, Herr Constantin Kunz, Frau Mona Kunz, Herr Bert Kurras, Frau Birgit Kurras, Frau Lilli Kusch, Herr Dietmar Kuß, Frau Katrin Lahl-Schmidt, Frau Regina Lange, Frau Susanne Lange, Frau Meike Lange, Frau Sandra Lange, Frau Hella-M. Lange, Herr Ludwig Lange, Frau Antje Langkabel, Frau Heike Langner, Frau Barbara Lasch, Frau Daniela Laue, Frau Sylvia Lauschus, Herr Helmuth Lavicka, Herr Andre Leifheit, Frau Kerstin Leufert, Frau Susan Liebert, Herr Alex Liebert, Herr Andy Liebing, Frau Nicole Liebing, Frau Katrin Liebreuz, Herr Ralf Lieske, Frau Birgit Linkus, Frau Maxi Lisse, Herr Steffen Lisse, Frau Melanie Lotsch, Frau Andrea Löwner, Herr Andreas Löwner, Frau Ellen Lubawinski, Frau Michelle Lüdecke, Frau Heike Maasch, Frau Gisela Maeder, Frau Kerstin Maier, Herr Lajos Marko, Frau Anett Marko-Melis, Frau Gieselheid Markwardt, Herr Sigrid Marten, Herr Harald Martens, Frau Gitta Martens, Herr Stefan Märzke, Frau Elke Maß, Frau Adele Matthees, Frau Mandy Matyschek, Herr Robert Maus, Frau Vonkotara Meas, Frau Anett Meas, Herr Medina, Herr Olaf Meier, Herr Meißner, Herr Uwe Meister, Frau Elke Melchert, Herr Mario Melchert, Herr Günter Mende, Herr Stephan Menzel, Herr Nico Mescker-Sague, Frau Clara Metze, Frau Jeanine Mewes, Herr Bernd Meyer, Frau Christa Michaelis, Herr Sebastian Milk, Frau Stefanie Mittelstädt, Frau Dominique Moegelin, Frau Heike Moeglin, Herr Till Moepert, Herr Frank Moldt, Frau Möller, Frau Barbara Möller, Herr Möller, Herr Marek Morbuch, Herr Marcus Müller, Frau Dörte Müller, Frau Anne Müller, Herr Bodo Müller, Frau Claudia Musolff, Herr Michael Nass, Herr Michael Nass,

Herr Uwe Nathan, Herr Arne Naumann, Frau Manuela Nebinda, Frau Verena Nehmzow, Herr Toralf Nehmzow, Frau Kerstin Neubert, Herr Christopher Neumann, Frau Yvonne Neumann, Frau Elaine Neumann, Frau Christine Neumann, Herr Ralf Neumeier, Herr Christian Nieber, Frau H. Nitzschner, Herr Dirk Noack, Frau Monika Noack, Frau Andrea Notroff, Frau Cindy Nowak, Herr Tobias Oberlein, Frau Ingeborg Olschowski, Herr Michael Opitz, Frau Gabriele Opitz, Herr Marcel Orlamünder, Frau Carina Ortmann, Frau Alexandra Osterwyk, Frau Anna Otte, Frau Heike Otto, Frau Ellen Pärisch-Ritz, Herr Salih Pasaoglu, Herr Martin Patzelt, Frau Sandra Paul, Herr Harald Paulick, Frau Dagmar Paulick, Frau Kathrin Pavel, Frau Gerlinde Pawetzki, Frau Peitsch, Frau Helga Perschneck, Herr Werner Perschneck, Frau Petra Peter, Frau Greta Pierchalla, Frau Bettina Pietrek, Frau Cardyn Pliquet, Herr Karim Pokall, Herr Burkhard Pokall, Frau Karin Pokall, Frau Pöppel, Frau Nadine Prähel, Herr Tobias Prautzsch, Herr Thorsten Preißter, Frau Dr. Katrin Quast, Frau Stine Queißer, Herr Werner Radtke, Frau Uta Rahn, Herr Tormen Raßmann, Frau Grit Räthel, Herr Rauschunkel, Frau Christina Rautenberg, Frau Victoria Regel, Frau Birgit Reichert, Herr Marcel Rentsch, Frau Birgit Rentsch, Herr Stefan Rentsch, Herr Salvador Restelli, Frau Liselotte Rettberg, Herr Enrico Reuter, Herr Wolfgang Richter, Herr Gunnar Riese, Frau Elisabeth Riester, Herr Wladimirii Rink, Herr Rippa, Frau Julia Ritz, Frau Marlies Rockstroh, Frau Margitta Roehl, Herr Marcel Roehl, Frau Heike Rogge, Frau Heike Rohbeck, Herr Rohde, Frau Ute Rollnik, Herr Patrick Ronniger, Frau Stefanie Ronniger, Frau Stefanie Rosin, Frau Reginald Rothbarth, Frau Peggy Rothbarth, Frau Marion Rubel, Herr Ulrich Rümenapp, Frau Kerstin Rümenapp, Frau Sabine Rüthnick, Frau Yasemin Sahin, Herr Ulrich Sardisong, Frau Annemarie Sardisong, Herr Konrad Sauer, Herr Jens Schachlitz, Frau Eva Schachlitz-Lühr, Frau Helena Schäfer, Frau Sandra Schawaller, Herr Tom Scheepers, Frau Dunja Scheepers, Frau Sina Scheepers, Frau Helen Scheepers, Frau Corinna Scheer, Frau Franziska Schein, Frau Kathrin Schiffer, Frau Katrin Schiller, Frau Sybille Schimmel, Frau Anja Schiweck, Frau Ramona Schlegel, Herr Paul Schlese, Herr Andreas Schmid, Frau Manuela Schmidt, Herr Paul Schmidt, Herr Jürgen Schmidt, Herr Stefan Schmidt, Frau Nicole Schmidt, Herr Andreas Schmidt, Frau Christina Schmidt, Herr Björn Schmidt, Herr Wolfgang Schmidt, Frau Angela Schmidt, Frau Manuela Schmidt, Frau Janett Schmieder, Frau Ellen Schmoll, Herr Christoph Schmook, Herr Nicolas Schneh, Herr Schneider, Frau Katrin Schnopp, Frau Andrea Schöne, Frau Anette Schonscheck, Frau Gila Schröder, Frau Schubert, Herr Percy Schubert, Herr Dirk Schubert, Frau Katja Schuchardt, Frau Sandra Schudy, Frau Elisabeth Schudy, Herr Matthias Schudy, Herr Bennington Schudy, Herr Spencer Schudy, Frau Susanne Schulz, Frau Gerda Schulz, Herr Dennis Schulz, Frau Monika Schulze, Frau Cordula Schulze, Frau Sabine Schütz, Frau Axinje Schütze, Herr Enrico Schütze, Frau Iris Schwarte, Frau Monika Schwatz-Rosinki, Herr Frank Schwener, Frau Regina Schwichtenberg, Frau Sandra Seidel, Frau Barbara Seidel, Familie Seidel, Frau Carmen Seiffarth, Herr Frank Seiffarth, Herr Tobias Seiffert, Frau Jeannine Seipold, Herr Maik Seipold, Herr Niklas Seipold, Frau Regina Seipold, Frau Gertrud Serfas, Frau Rosalinde Simeon, Herr Peter Skowronnek, Herr Gerhard Sobozinnki, Frau Nicolle Sommerfeld, Herr Siegfried Spanel, Herr Robert Spitzer, Frau Andres Stadler, Herr Jens Stadler, Herr Jeffrey Stahl, Herr Stallmann, Frau Kristine Stark, Herr Florian Staske, Herr Bernd Steffenhag, Frau Margret Steinrueck, Frau Petra Strauß, Herr Uwe Strunk, Frau Sabine

Strunk, Frau Monika Strunk, Frau Alexandra Studier, Herr Georg Stührenberg, Herr Michael Suske, Frau Solveig Suske, Frau Silvia Tauer, Frau Dr. Rosemarie Taupadel, Frau Ute Tempelhahn, Herr Jens Teske, Frau Kathrin Teske, Herr Thomas Theile, Frau Birgit Theile, Frau Lydia Thiel, Herr Rainer Thiele, Herr Florian Thom, Frau Isabell Thomas, Herr Gunnar Thoms, Frau Angela Thoms, Herr Detlef Timm, Frau Martina Tralles, Herr Trappe, Herr Olaf Tresper, Frau Kerstin Trettin, Frau Helene Trettin, Herr Thomas Trettin, Herr Paul Trettin, Frau Kathrin Triebs, Herr Frank Triebs, J. Tschierschke, Frau Josephine Ungermann, Herr Markus Ungermann, Frau AnnaLena Usemann, Frau van Herwaarden, Frau Angela Verban, Frau Gina Verwiebe, Frau Annett Verwiebe, Herr Ralf Verworner, Frau Regina Vobau, Herr Marc Vollmer, Frau Meike vonP., Herr Max Vonthien, Herr Christian Wagner, Herr Jeffrey Wagner, Frau Heike Wagner, Frau Christa Walter, Herr Ralf Weber, Frau Ines Weber, Frau Karla Weber, Herr Marcus Wedell, Frau Sandra Wedell, Frau Anja Wedell-Wenzel, Herr Weichert, Herr Frank Weidebach, Herr Jens Weidner, Frau Anja Weise, Herr Stefan Weise, Herr Helmut Weise, Frau Ingrid Weise, Frau Sophia Weiß, Frau Regina Weiz, Frau Regina Weiz, Herr Wenz, Herr Tino Wenzel, Frau Marion Wertner, Frau Cathal Whelehan, Herr Matthias Wichers, Herr Uwe Wienicke, Frau Renate Wienicke, Frau Ramoner Wienke, Frau Wierick, Frau Eva-Maria Wilke, Herr Witte, Herr Carlo Wloch, Frau Ilona Wlotzka, Frau Larissa Wolf, Herr Christian Wolf, Frau Andrea Wolf, Herr Christian Wolf, Frau Nina Wolfram, Herr Wolinsky, Frau Carola Wulda, Herr Gardo Würz, Herr Kerim Zaidi-Matthees, Frau Zech, Herr Rene Zeller, Herr Christian Zent, Frau Angela Zerbst, Frau Vanessa Ziele, Herr Rene Zirzow, Herr Dieter Zitzow, Herr Andreas Zühlke



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1077

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

11.12.2024 BVV

BVV/027/IX

Betreff: Sichere Überquerung der Hauptstraße für die Schulkinder der Platanengrundschole in Blankenfelde ermöglichen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, vor der Platanengrundschole (Hauptstraße 20) eine Querungshilfe zur Gewährleistung eines sicheren Überquerens der Hauptstraße zur täglichen Mittagsversorgung einzurichten. Das Bezirksamt wird darüber hinaus ersucht zu prüfen, welche kurzfristigeren verkehrssichernden Maßnahmen bis zur Errichtung der Querungshilfe ergriffen werden können, z.B. um überhöhte Geschwindigkeiten vor der Schule zu minimieren.

Berlin, den 03.12.2024

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Räumlichkeiten für die Mittagsversorgung für die Platanengrundschule befinden sich in der Schildower Straße 3. Das heißt, dass die Hauptstraße vor der Schule täglich zweimal überquert werden muss. Die Klassen 1 und 2 werden vom pädagogischen Personal begleitet und wieder zur Schule zurückgebracht. Die älteren Schüler und Schülerinnen gehen diesen Weg allein.

Die Sicherheit der Grundschul Kinder auf dem Weg zur Mensa und zurück zum Schulgebäude innerhalb der Schulzeit ist von größter Bedeutung. Die Hauptstraße in Blankenfelde ist eine Verkehrsroute, auf der häufig die Geschwindigkeitsbegrenzungen überschritten werden. Die vorhandene Ampelanlage an der Kreuzung Blankenfelder Chaussee/Hauptstraße gewährleistet keine sichere Überquerung. Die Sicht für Rechtsabbieger ist nicht ausreichend, um eine Gruppe von Grundschulkindern, die die Straße überqueren wollen, rechtzeitig zu erkennen. Auch das begleitende Schulpersonal kann die rechtsabbiegenden Fahrzeuge nicht rechtzeitig erkennen. Dies stellt sowohl für die Kinder als auch für die LKW-, Auto- und Motorradfahrer ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar.

Die aktuelle Lage erfordert, dass die Grundschul Kinder trotz eines fehlenden sicheren Überweges die Straße an allen Schul- und Ferientagen queren müssen. Die Querung der Straße ist daher nur unter immer wieder auftretenden Gefahren und Schwierigkeiten zu bewältigen. Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten und Unfälle zu vermeiden, gilt es daher Maßnahmen einzuleiten, die zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit führen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1078

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

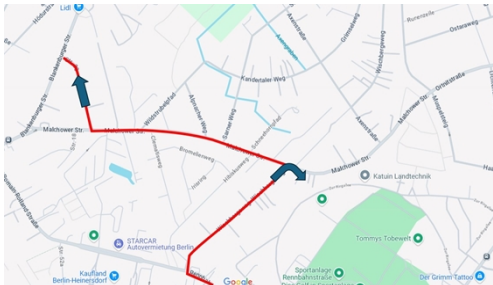
11.12.2024 BVV

BVV/027/IX

Betreff: Planungen zum Wischbergweg anpassen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die aktuellen Planungen zum Wischbergweg zu überarbeiten und eine Lösung zu erarbeiten, die dem Ansinnen, den übergeordneten Durchgangsverkehr dort zu reduzieren, gerecht wird, zugleich aber für Anwohner benachbarter Kieze keine umfangreichen Umwege zur Folge hätte, wenn sie zu ihren Grundstücken gelangen wollen. Folgende Maßnahmen sollen im Besonderen in Betracht gezogen werden:

- eine Einbahnstraßenregelung in der Straße 30 Richtung Norden
- ein Rechtsabbiegebot vom Wischbergweg in die Malchower Straße



Berlin, den 03.12.2024

Einreicher: Fraktion der CDU

Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Ziel des Antrags ist es, die gewünschte Verkehrsberuhigung im Wischbergeweg zu erreichen, ohne jedoch die Anwohner der direkt umliegenden Straßen zu langen Umwegen zu zwingen, die wiederum zu noch mehr Verkehr in ohnehin schon belasteten Straßen v.a. in Heinersdorf führen. Wichtig ist, dass der übergeordnete Durchgangsverkehr, der Quelle und Ziel in anderen Ortsteilen oder Bezirken hat, zu unterbinden. Hierfür schlägt der Antrag als eine Möglichkeit die o.g. Maßnahmen vor.

Die Einbahnstraßenregelung in der Straße 30 unterbindet den übergeordneten Durchgangsverkehr durch den Wischbergeweg am Morgen, das Rechtsabbiegegebot vom Wischbergeweg in die Malchower Straße unterbindet den übergeordneten Durchgangsverkehr durch den Wischbergeweg am Abend. Die Maßnahmen verteilen den Verkehrsfluss effizienter und verbessern die Situation insbesondere zu den Stoßzeiten.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1098

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

29.01.2025 BVV

BVV/028/IX

Betreff: Kostendeckende Gebühren in der Parkraumbewirtschaftung**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, das Rechtsamt des Bezirks Pankow von Berlin mit einer rechtsgutachterlichen Untersuchung zur Angemessenheit der Gebühren für das Anwohnerparken in der Parkraumbewirtschaftung zu beauftragen. Sofern erforderlich, soll hierzu eine externe Beauftragung erfolgen.

Gegenstand der Untersuchung soll unter Berücksichtigung des Äquivalenzprinzips und den Vorgaben des Berliner Gesetzes über Gebühren und Beiträge (GebBetrG BE), die Rechtmäßigkeitsprüfung der Erhebung nicht kostendeckender Gebühren für Anwohnerparkausweise in der Parkraumbewirtschaftung sein.

Berlin, den 21.01.2025

Einreicher: Fraktion der SPD
Mike Szida, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend

Finanzen, Personal, Immobilien, und Verwaltungsmodernisierung
Mobilität und öffentliche Ordnung

Begründung:

Seit 2006 sind die Gebühren für die Ausstellung einer Anwohnerparkvignette mit 10,20 EUR für 1 Jahr bzw. 20,40 EUR für 2 Jahre unverändert. Bekanntlich nehmen das Land Berlin und die Bezirke mit diesen Gebühren weniger Geld ein, als die Vignetten an Verwaltungsaufwand kosten. Laut der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) sind in Berlin 208.000 Anwohnerparkvignetten im Umlauf, deren Gebühreneinnahmen sich auf 4,2 Millionen EUR jährlich belaufen. In den größten Städten Deutschlands bewegen sich die Gebühren für das Anwohnerparken hingegen zwischen 50 EUR in Düsseldorf, 60 EUR in München, 130 EUR in Hamburg, 200 EUR in Köln und 240 EUR in Frankfurt am Main.

Dennoch hält der Berliner Senat trotz des allgemeinen Spardrucks weiterhin an den viel zu niedrigen Gebühren fest und vertritt hierbei die merkwürdige Ansicht, dass eine Erhöhung der Gebühren nur einen kleinen einstelligen Millionenbeitrag ausmachen würde, der auch nicht sofort haushaltswirksam werden könnte. Das Anwohnerparken hat zwar in der Tat nicht das Potential, Berlins Finanzprobleme zu lösen. Dies ist und kann jedoch auch kaum dessen Aufgabe sein. Im Gegenteil, eine Gebührenerhöhung aus dem alleinigen Grunde der Einnahmenerzielung bzw. Haushaltssanierung wäre rechtswidrig.

Grundsatz für die Bemessung der Gebührenhöhe ist jedoch gemäß § 8 Abs. 2 GebBetrG BE, dass Verwaltungsgebühren unter Berücksichtigung der Kosten des Verwaltungsaufwandes, des Wertes des Gegenstandes der Amtshandlung und des Nutzens oder der Bedeutung der Amtshandlung für den Gebührenschuldner zu bemessen sind. Der Berliner Verfassungsgerichtshof hat bereits 2010 festgestellt, dass: „Aus dem Äquivalenzprinzip als gebührenrechtlicher Ausprägung des Verfassungsgrundsatzes der Verhältnismäßigkeit folgt, dass die dem Einzelnen auferlegte Gebühr nicht außer Verhältnis zu den mit der Gebührenregelung verfolgten, verfassungsrechtlich zulässigen Zwecken stehen darf.“ (Beschluss VerfGH Bln 39/09 vom 14.07.2010).

Durch eine Erhöhung der Gebühren für das Anwohnerparken soll wieder dem Äquivalenzprinzip entsprochen werden. Dies entspricht nicht nur dem Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit, sondern auch dem wichtigen Gesellschaftsprinzip der Gerechtigkeit, wonach der Verursacher von Kosten diese auch selbst zu tragen hat. Ein Rechtsgutachten kann hier die erforderliche Grundlage für eine Sachdebatte bilden und einen entsprechenden Handlungsdruck erzeugen, der im Ergebnis dem Pankower Bezirkshaushalt zugutekommen würde.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1100

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

29.01.2025 BVV

BVV/028/IX

**Betreff: Entwicklung der Neuen Stadtquartiere in Pankow nicht durch
 Haushaltseinsparungen gefährden!**

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin bekräftigt ihre Position, dass essentielle Voraussetzung für die Entwicklung der Neuen Stadtquartiere (NSQ) im Pankower Nordostraum eine gleichzeitig erfolgende, adäquate Verkehrserschließung und der bedarfsgerechte Ausbau der sozialen Infrastruktur ist.

Dem Bezirksamt wird daher empfohlen, sich beim Senat von Berlin und im Multiprojektmanagement gegenüber den jeweils zuständigen Senatsverwaltungen mit Nachdruck dafür einzusetzen das:

- die Planungen für die Radschnellverbindung (RSV) 4 „Panke-Trail“ fortgeführt werden,
- eine vorgezogene Realisierung des Teilabschnitts Wartenberg - Sellheimbrücke der S75-Verlängerung (Nahverkehrstangente Nord NVT) erfolgt,
- der S-Bhf. Schönerlinder Straße verbindlich in das Maßnahmenpaket der NVT des Projekts i2030 und den Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr 2030 (StEP MoVe 2030) aufgenommen wird,
- der Ringschluss der Straßenbahnlinien M1 und 50 sowie die Straßenbahnverlängerung der Linie 50 von Französisch-Buchholz zum S-Bhf. Schönerlinder Straße in den StEP MoVe 2030 und den Nahverkehrsplan (NVP) aufgenommen wird,
- die Finanzierung der Neuerrichtung eines Schulstandortes an der Heinersdorfer Straße entsprechend der bisherigen Planung gewährleistet wird.

Berlin, den 21.01.2025

Einreicher: Fraktion der SPD

Mike Szidat, Roland Schröder

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

siehe 2. Ausfertigung

Begründung siehe Rückseite

Begründung:

Aufgrund der räumlichen Nähe der Pankower NSQ muss der Ausbau der verkehrlichen und sozialen Infrastruktur in einem sachlichen Zusammenhang mit dem gesamten Pankower Nordostraum betrachtet werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) hat wiederholt erklärt, dass Planung und Errichtung der Pankower NSQ Pankower Tor (geplanter Baubeginn 2026), Blankenburger Süden (ab 2030), Karow Süd (ab 2028), Buch-Am Sandhaus (ab 2027), Elisabeth-Aue (ab 2026) und Alte Schäferei (ab 2027) bei der Realisierung der Wohnbaupotentiale des Stadtentwicklungsplan (StEP) Wohnen 2040 oberste Priorität haben und dementsprechend forciert werden.

Dennoch werden zwingend erforderliche Planungsarbeiten für den Umweltverbund aus Fuß-, Radverkehr und ÖPNV nicht konsequent vorangetrieben, infolge der Haushaltskürzungen zeitlich gestreckt oder sogar eingestellt. Die Zeitpläne der Verkehrserschließungspläne sind jedoch auch ohne die aktuellen Haushaltseinsparungen bestenfalls sehr ambitioniert und hinken den Fertigstellungszeiträumen der NSQ z. T. mehr als 10 Jahre hinterher. Und auch dies gilt nur dann, wenn während der Planungsphasen, insbesondere den Planfeststellungsverfahren, unwahrscheinlicher Weise keine weiteren Verzögerungen auftreten.

Die RSV 4 „Panke-Trail“ soll mit den Worten der SenMVKU „qualifiziert beendet“ werden, u. a. mit der merkwürdigen Begründung, dass diese keine Voraussetzung zur Erschließung der o. g. Pankower Bauvorhaben wäre. Dementsprechend hielt man auch eine Information des Bezirksamts nicht für erforderlich. Selbige SenMVKU erklärt jedoch in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage (Drs. 19/19986 v. 13.08.2024) im Berliner Abgeordnetenhaus, dass RSV wichtige Quell- und Zielbereiche über größere Entfernungen verknüpfen und sich vor allem an Pendelnde auf direktem Weg von den Außenbezirken in die Berliner Innenstadt richten.

Die Anbindung der NSQ an den öffentlichen Schienennahverkehr (NSPV) ist nicht nur eine ständige Forderung der Pankower BVV, sie entspricht auch den Vorgaben des Berliner Mobilitätsgesetzes, dass eine Privilegierung des Umweltverbundes vorsieht. Bereits heute ist die Verkehrserschließung im Pankower Nordostraum mehr als unzureichend, insbesondere durch die andauernde Überlastung des Ortskerns Heinersdorf und dem Doppelknoten Blankenburg durch den Autoverkehr. Die Nutzung des eigenen Pkw ist mangels eines attraktiven ÖPNV für viele Menschen aus Blankenburg, aber auch in der Folge aus Karow, Buch und dem angrenzenden Brandenburger Umland jedoch die einzige Möglichkeit, die Berliner Innenstadt zu erreichen.

Die Deutsche Bahn hat erklärt, dass die Verlängerung der Linie S75 von Wartenberg bis zum Karower Kreuz, einschließlich des Turmbahnhofs Karow [R5](#) nunmehr erst _____ für frühestens 2040 und damit deutlich später als bislang, beabsichtigt ist. Die neu zu errichtenden S-Bhf. Schönerlinder Straße und Bucher Straße, ursprünglich vorgesehene Fertigstellung Mitte der 2030er-Jahre, sind ebenfalls noch nicht gesichert finanziert. Eine zügige Planung der zu errichtenden S-Bhf. Bucher Straße und Schönerlinder Straße ist aber bereits deshalb erforderlich, um rechtzeitig die hiervon unmittelbar abhängigen Planungen für die Straßenbahn- und Busanschlüsse aufnehmen zu können. Weitere wichtige Grundlage zur Sicherung der Planungskosten und der Aufnahme von Vorplanungen ist die Festschreibung dieser Vorhaben in den Berliner Planwerken StEP MoVe 2030 und in der Überarbeitung des aktuellen Nahverkehrsplans (NVP).

Für den Teilabschnitt Wartenberg - Sellheimbrücke der NVT ist die Grundlagenermittlung bereits abgeschlossen, derzeit erfolgt die Vorplanung. Aufgrund dieses bestehenden Vorlaufs gegenüber

der gesamten NVT, ist eine vorgezogene Realisierung möglich und würde zumindest für die NSQ Blankenburger Süden und Karow Süd einen rechtzeitigen (Teil)Anschluss an den ÖPNV ermöglichen.

Für den Entwicklungsraum Nordost stellt SenStadt die erforderlichen Koordinationskonzepte auf und schreibt diese in Abstimmung mit der SenMVKU fort. Hierzu wurde ein Multiprojektmanagement eingerichtet, das die Planungen und Projekte der Senatsverwaltungen und den Bezirken zusammenführt. Zur Planung der Nahverkehrstangente Nord wiederum finden fortlaufende Abstimmungen zwischen SenStadt, SenMVKU und der Deutschen Bahn AG statt. Hier muss das Bezirksamt die benannten Konflikte klar benennen, um zu vermeiden, dass an der, für den dringend benötigte Wohnungsbau, essentiellen Verkehrserschließung die Axt angelegt wird.

Auch der Neubau eines Schulstandortes an der Heinersdorfer Straße im NSQ Blankenburger Süden für bis zu 600 Schüler soll, trotz der im September 2024 erfolgten Festsetzung des Bebauungsplans 3-65, den Sparvorgaben zum Opfer fallen, obwohl allein im direkten Einzugsbereich des NSQ Blankenburger Süden Wohnungen für ca. 12.000 weitere Personen geschaffen werden. Hinzu kommen die zusätzlich erforderlichen Schulplätze infolge der Umsetzung des festgesetzten B-Plans 3-41 Idunastraße/Neukirchstraße. Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs an Schulplätzen ist im Struktur- und Nutzungskonzept die Errichtung von Schulstandorten vorgesehen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Beratungsfolge:

29.01.2025 BVV

BVV/028/IX

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gruppe der FDP

**Betreff: Entwicklung der Neuen Stadtquartiere in Pankow nicht durch
Haushaltseinsparungen gefährden!**

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin bekräftigt ihre Position, dass essentielle Voraussetzung für die Entwicklung der Neuen Stadtquartiere (NSQ) im Pankower Nordostraum eine gleichzeitig erfolgende, adäquate Verkehrserschließung und der bedarfsgerechte Ausbau der sozialen Infrastruktur ist.

Dem Bezirksamt wird daher empfohlen, sich beim Senat von Berlin und im Multiprojektmanagement gegenüber den jeweils zuständigen Senatsverwaltungen mit Nachdruck dafür einzusetzen das:

- die Planungen für die Radschnellverbindung (RSV) 4 „Panke-Trail“ fortgeführt werden,
- eine vorgezogene Realisierung des Teilabschnitts Wartenberg - Sellheimbrücke der S75-Verlängerung (Nahverkehrstangente Nord NVT) erfolgt,
- der S-Bhf. Schöneler Straße verbindlich in das Maßnahmenpaket der NVT des Projekts i2030 und den Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr 2030 (StEP MoVe 2030) aufgenommen wird,
- der Ringschluss der Straßenbahnlinien M1 und 50 sowie die Straßenbahnverlängerung der Linie 50 von Französisch-Buchholz zum S-Bhf. Schöneler Straße in den StEP MoVe 2030 und den Nahverkehrsplan (NVP) aufgenommen wird,

- die Finanzierung der Neuerrichtung eines Schulstandortes an der Heinersdorfer Straße entsprechend der bisherigen Planung gewährleistet wird.

Berlin, den 30.01.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Gruppe der FDP
 SPD: Mike Szidat, Roland Schröder
 Bündnis 90/die Grünen, Christoph Göring, Almuth Tharan
 Gruppe der FDP, Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Aufgrund der räumlichen Nähe der Pankower NSQ muss der Ausbau der verkehrlichen und sozialen Infrastruktur in einem sachlichen Zusammenhang mit dem gesamten Pankower Nordostraum betrachtet werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) hat wiederholt erklärt, dass Planung und Errichtung der Pankower NSQ Pankower Tor (geplanter Baubeginn 2026), Blankenburger Süden (ab 2030), Karow Süd (ab 2028), Buch-Am Sandhaus (ab 2027), Elisabeth-Aue (ab 2026) und Alte Schäferei (ab 2027) bei der Realisierung der Wohnbaupotentiale des Stadtentwicklungsplan (StEP) Wohnen 2040 oberste Priorität haben und dementsprechend forciert werden.

Dennoch werden zwingend erforderliche Planungsarbeiten für den Umweltverbund aus Fuß-, Radverkehr und ÖPNV nicht konsequent vorangetrieben, infolge der Haushaltskürzungen zeitlich gestreckt oder sogar eingestellt. Die Zeitpläne der Verkehrserschließungspläne sind jedoch auch ohne die aktuellen Haushaltseinsparungen bestenfalls sehr ambitioniert und hinken den Fertigstellungszeiträumen der NSQ z. T. mehr als 10 Jahre hinterher. Und auch dies gilt nur dann, wenn während der Planungsphasen, insbesondere den Planfeststellungsverfahren, unwahrscheinlicher Weise keine weiteren Verzögerungen auftreten.

Die RSV 4 „Panke-Trail“ soll mit den Worten der SenMVKU „qualifiziert beendet“ werden, u. a. mit der merkwürdigen Begründung, dass diese keine Voraussetzung zur Erschließung der o. g. Pankower Bauvorhaben wäre. Dementsprechend hielt man auch eine Information des Bezirksamts nicht für erforderlich. Selbige SenMVKU erklärt jedoch in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage (Drs. 19/19986 v. 13.08.2024) im Berliner Abgeordnetenhaus, dass RSV wichtige Quell- und Zielbereiche über größere Entfernungen verknüpfen und sich vor allem an Pendelnde auf direktem Weg von den Außenbezirken in die Berliner Innenstadt richten.

Die Anbindung der NSQ an den öffentlichen Schienennahverkehr (NSPV) ist nicht nur eine ständige Forderung der Pankower BVV, sie entspricht auch den Vorgaben des Berliner Mobilitätsgesetzes, das eine Privilegierung des Umweltverbundes vorsieht. Bereits heute ist die Verkehrserschließung im Pankower Nordostraum mehr als unzureichend, insbesondere durch die andauernde Überlastung des Ortskerns Heinersdorf und dem Doppelknoten Blankenburg durch den Autoverkehr. Die Nutzung des eigenen Pkw ist mangels eines attraktiven ÖPNV für viele Menschen aus Blankenburg, aber auch in der Folge aus Karow, Buch und dem angrenzenden Brandenburger Umland jedoch die einzige Möglichkeit, die Berliner Innenstadt zu erreichen.

Die Deutsche Bahn hat erklärt, dass die Verlängerung der Linie S75 von Wartenberg bis zum Karower Kreuz, einschließlich des Turmbahnhofs Karow [im Rahmen des i2030-Projekts](#), nunmehr erst für frühestens 2040 und damit deutlich später als bislang, beabsichtigt ist. Die neu zu errichtenden S-Bhf. Schönrlinder Straße und Bucher Straße, ursprünglich vorgesehene Fertigstellung Mitte der 2030er-Jahre, sind ebenfalls noch nicht gesichert finanziert. Eine zügige Planung der zu errichtenden S-Bhf. Bucher Straße und Schönrlinder

Straße ist aber bereits deshalb erforderlich, um rechtzeitig die hiervon unmittelbar abhängigen Planungen für die Straßenbahn- und Busanschlüsse aufnehmen zu können. Weitere wichtige Grundlage zur Sicherung der Planungskosten und der Aufnahme von Vorplanungen ist die Festschreibung dieser Vorhaben in den Berliner Planwerken StEP MoVe 2030 und in der Überarbeitung des aktuellen Nahverkehrsplans (NVP).

Für den Teilabschnitt Wartenberg – Sellheimbrücke der NVT ist die Grundlagenermittlung bereits abgeschlossen, derzeit erfolgt die Vorplanung. Aufgrund dieses bestehenden Vorlaufs gegenüber der gesamten NVT, ist eine vorgezogene Realisierung möglich und würde zumindest für die NSQ Blankenburger Süden und Karow Süd einen rechtzeitigen (Teil)Anschluss an den ÖPNV ermöglichen.

Für den Entwicklungsraum Nordost stellt SenStadt die erforderlichen Koordinationskonzepte auf und schreibt diese in Abstimmung mit der SenMVKU fort. Hierzu wurde ein Multiprojektmanagement eingerichtet, das die Planungen und Projekte der Senatsverwaltungen und den Bezirken zusammenführt. Zur Planung der Nahverkehrstangente Nord wiederum finden fortlaufende Abstimmungen zwischen SenStadt, SenMVKU und der Deutschen Bahn AG statt. Hier muss das Bezirksamt die benannten Konflikte klar benennen, um zu vermeiden, dass an der, für den dringend benötigte Wohnungsbau, essentiellen Verkehrserschließung die Axt angelegt wird.

Auch der Neubau eines Schulstandortes an der Heinersdorfer Straße im NSQ Blankenburger Süden für bis zu 600 Schüler soll, trotz der im September 2024 erfolgten Festsetzung des Bebauungsplans 3-65, den Sparvorgaben zum Opfer fallen, obwohl allein im direkten Einzugsbereich des NSQ Blankenburger Süden Wohnungen für ca. 12.000 weitere Personen geschaffen werden. Hinzu kommen die zusätzlich erforderlichen Schulplätze infolge der Umsetzung des festgesetzten B-Plans 3-41 Idunastraße/Neukirchstraße. Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs an Schulplätzen ist im Struktur- und Nutzungskonzept die Errichtung von Schulstandorten vorgesehen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1104

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

29.01.2025 BVV

BVV/028/IX

Betreff: Straßenbahn M1 beschleunigen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Straßenbahnlinie M1 zwischen den Haltestellen Am Bürgerpark und S- und U-Bhf. Pankow durch geeignete Mittel beschleunigt wird.

Zu prüfen wäre unter anderem:

- eine durchgängige Straßenbahn/Busspur von 06:00 bis 20:00 Uhr in beiden Richtungen zwischen den Kreuzungen Schönholzer Straße/Kreuzstraße und Breite Straße/Mühlenstraße
- für die Fahrtrichtung stadteinwärts eine Verlängerung der existierenden Straßenbahn/Busspur bis zur Kreuzung Breite Straße/Berliner Straße
- eine bessere Vorrangschaltung für die M1 bei diversen Lichtsignalanlagen

Berlin, den 21.01.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. BV Almuth Tharan, BV, BV Christoph Göhring, BV Silke Gänger

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Straßenbahn M1 ist eine wichtige Verkehrsverbindung vom Pankower Nordwesten in die Innenstadt.

Viele Tausend Menschen sind täglich auf diese Straßenbahnlinie angewiesen, besonders um den U- und S-Bahnhof Pankow zu erreichen, gibt es für viele Pankower kaum Alternativen.

Leider muss sich die M1 an vielen Stellen die Fahrspur mit anderen Fahrzeugen teilen. Dadurch wird die Straßenbahn besonders in den Hauptverkehrszeiten durch Kfz, die auf derselben Spur vor ihr fahren oder stehen so stark behindert, dass Fahrpläne nicht eingehalten werden können und die Fahrzeit für viele hundert Fahrgäste stark verlängert wird. Das Problem wird besonders an den Ampeln verschärft, z.B. wenn einzelne Autos, die freie Fahrt der Straßenbahn verhindern.

Besonders deutlich sichtbar ist das Problem stadteinwärts an der Kreuzung Breite Straße/Berliner Straße, wo teils ein Auto, das geradeaus fahren will, vor der rechts abbiegenden Straßenbahn steht, die dadurch mehrere Ampelphasen warten muss.

Durch eine Optimierung der Straßenbahn/Busspuren würden auch die verschiedenen Buslinien der BVG profitieren, die durch das Pankower Zentrum fahren.





Kreuzung Schönholzer Str./Breite Str.





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1108

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

29.01.2025 BVV

BVV/028/IX

Betreff: Mehr Sicherheit für unsere Kinder - Bahnhofstraße in Karow entschleunigen

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei SenMVKU dafür einzusetzen, dass in der Karower Bahnhofstraße zwei kurze streckenbezogene Geschwindigkeits-beschränkungen von 30 km/h gemäß § 45 Abs. 9 S. 4 Ziff. 4 StVO zwischen den dort bestehenden Tempo-30-Abschnitten angeordnet werden.

Berlin, den 21.01.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Christoph Göhring

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input type="checkbox"/>	einstimmig
<input checked="" type="checkbox"/>	mehrheitlich
43	Ja-Stimmen
1	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Reduzierung der Geschwindigkeit des Straßenverkehrs in der Bahnhofstraße ist für die Schulwegsicherheit unserer Kinder erforderlich und geboten. An der Bahnhofstraße liegen die Grundschule Alt-Karow (Bahnhofstraße 32) und die Kindertagesstätte Karower Knirpse (Bahnhofstraße 53, der Abstand zwischen beiden Einrichtungen beträgt ca. 450 Meter). In der Bahnhofstraße sind viele Kinder auf dem Weg zur Grundschule und zur Kita unterwegs. Dabei müssen viele von ihnen die Bahnhofstraße auch überqueren, und zwar immer dann, wenn sie aus den Wohngebieten auf der jeweils anderen Straßenseite kommen bzw. dahin wollen.

Die ca. ein Kilometer lange Bahnhofstraße in Berlin-Karow zwischen dem S-Bahnhof Karow und der Straßenkreuzung Bahnhofstraße / Alt-Karow gehört zum übergeordneten Straßennetz. Sie ist eine örtliche Straßenverbindung der Stufe III. In der Bahnhofstraße gilt eine Geschwindigkeit von 50 km/h. Im Bereich des S-Bahnhofs sowie unmittelbar vor der Kita und vor der Grundschule bestehen bereits kurze Abschnitte mit Tempo-30; dort mit der Einschränkung „*Mo - Fr 6 - 18 h*“.

Im Einzelnen weist die Bahnhofstraße zwischen dem S-Bahnhof Karow und der Straßenkreuzung Bahnhofstraße / Alt-Karow folgende Geschwindigkeitsregelungen auf:

- 30 km/h, ab Kreuzung Liebenstraße Ecke Bahnhofstraße (Abb. 3)
- 50 km/h, ab Hausnummer 2-3 (Abb. 4)
- 30 km/h, ab Hausnummer 12a (Abb. 6)
- 30 km/h (weiterhin), ab Spinolastraße Ecke Bahnhofstraße (Abb. 7)
- 50 km/h, ab Hausnummer 14a (Abb. 8)
- 30 km/h, ab Kreuzung Schräger Weg Ecke Bahnhofstraße (Abb. 10)
- 50 km/h, ab Kreuzung Alt-Karow Ecke Bahnhofstraße (Abb. 11)

Die Gegenrichtung der Straße verfügt über entsprechende Regelungen.

Die bestehenden Tempo-30-Abschnitte genügen nicht, um die Kita- und Schulkinder wirksam vor den Gefahren des Straßenverkehrs in der Bahnhofstraße zu schützen.

Das belegt die Aufstellung von zwei separaten Gefahrzeichen „*Kinder*“ (Zeichen 136 StVO, vgl. Abb. 5 und 9) im Tempo-50-Bereich. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, warum der Straßenverkehr zwar auf die Gefahr für Kinder hingewiesen wird, die Fahrt aber zunächst mit unverminderter Geschwindigkeit fortgesetzt werden kann. Die Gefahrenzeichen (Abb. 5 und 9) stehen vor den Tempo-30-Anschnitten, weil die Kinder die Bahnhofstraße auf ihrer gesamten Länge überqueren. Dabei sind sie besonders gefährdet, weil sie die Gefährlichkeit des Straßenverkehrs - anders als Erwachsene - altersbedingt noch nicht gut einschätzen können. Diesem Umstand müssen die verkehrlichen Anordnungen Rechnung tragen.

Die Anordnung der beiden Tempo-30-Strecken kann hier gemäß § 45 Abs. 9 S. 4 Ziff. 4 StVO ohne das Vorliegen einer besonderen Gefahrenlage erfolgen, da der Abstand

zwischen den Tempo-30-Abschnitten weniger als 500 Meter beträgt. Die Abstände betragen 250 Meter (zw. Abb. 4 und 6) und 450 Meter (zw. Abb. 8 und 10).

Die beiden kurzen streckenbezogenen Geschwindigkeitsbeschränkungen in der Bahnhofstraße in Karow sind aus Gründen der Schul- und Kitawegsicherheit erforderlich. Sie führen überdies auch zu einer erheblichen Vereinfachung für den Straßenverkehr, da eine erhebliche Anzahl an Verkehrsschildern eingespart wird.

Abb. 1

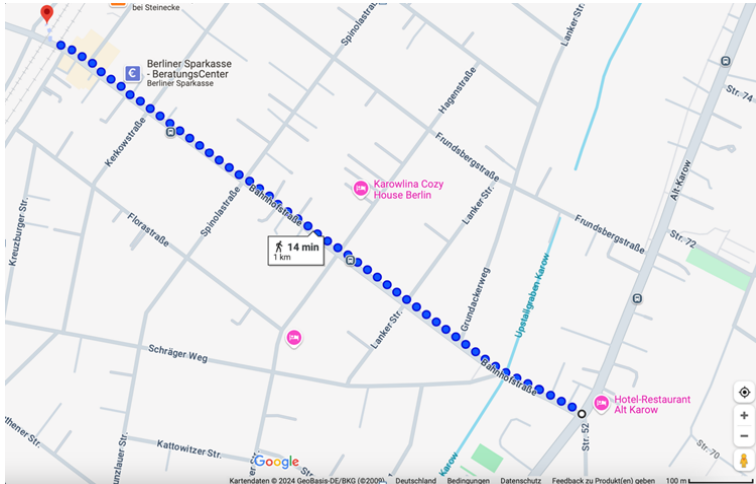


Abb. 2



- Stufe 0 (kontinentale Straßenverbindung)
- Stufe I (großräumige Straßenverbindung)
- Stufe II (übergeordnete Straßenverbindung)
- Stufe III (örtliche Straßenverbindung)
- Stufe IV Ergänzungsstraßen (weitere Straßen von besonderer Bedeutung)

Konzeption: Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt,
Abteilung IV - Mobilität, Referat IV A
Kartenerstellung: Referat IV D - GIS-CAD Team (IV D 48)

Maßstab: 1 : 50.000
Stand: Oktober 2023
Hintergrundkarte: ÜK50 (Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen,
Abt. III - Geoinformation)

Abb. 3



Abb. 4



Abb. 5



Abb. 6



Abb. 7



Abb. 8



Abb. 9



Abb. 10



Abb. 11





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1111

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

29.01.2025 BVV

BVV/028/IX

Betreff: Überdachung der Bushaltestelle Binzstraße/Prenzlauer Promenade

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich gegenüber den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) dafür einzusetzen, dass die Bushaltestelle Binzstraße an der stadtauswärts führenden Seite der Prenzlauer Promenade eine Überdachung erhält.

Berlin, den 21.01.2025

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

An der entsprechenden Haltestelle gibt es für Fahrgäste keine Möglichkeit, sich unterzustellen. Gerade an regnerischen, kalten Tagen ist dies ein großer Nutzungsmangel, aber auch bei großer Hitze gibt es keine Möglichkeit, sich zu schützen. Eine Unterstellmöglichkeit wäre an dieser Stelle besonders relevant, weil der Bus 255 an großen Teilen des Tages nur im 20-Minuten-Takt fährt und es aufgrund vieler Staus in den betreffenden Straßen auch häufig zu Verspätungen kommt.

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: **27.02.2025**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Ahrens, Katja - SPD -		
Behnke, Frank - AfD -		
Bittner, Denise - CDU -		
Bordfeld, Frederik - Linke -		
Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -		
Flores Rivera, Patrizia - Bü 90/Grüne -		
Gänger, Silke - Bü 90/Grüne -		
Kempe, Wolfram - Linke -		
Knebel, Sibylla Susanne - CDU -		
Paul, David - CDU -		
Simon, Oliver - FDP -		
Streeck, Jan-Philip - AfD -		
Szidał, Mike - SPD -		
Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Feihe, Felix - auf Antrag CDU -		
Haustein, Jens - auf Antrag Bü 90/Grüne -		
Herda, Michael - auf Antrag Linke -		
Hübner, Matthias - auf Antrag SPD -		
stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Boschert, Carlos - auf Antrag SPD -		
Ehrhardt, Friedrich - auf Antrag Bü 90/Grüne -		

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 27.02.2025

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Struck, Olaf - auf Antrag CDU -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -

BzStRin

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 27.02.2025

GÄSTELISTE
